See the notice on TED website

Deutschland-Münsing: Büromöbel
OJ S 134/2023 14/07/2023
Auftragsbekanntmachung
Lieferungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Münsing
Postanschrift: Weipertshausener Straße 5
Ort: Münsing
NUTS-Code: DE216 Bad Tölz-Wolfratshausen
Postleitzahl: 82541
Land: Deutschland
E-Mail: bhm@muensing.de
Telefon: +49 8177/9301-0
Fax: +49 8177/9301-99
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.muensing.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/91D56260-0D78-4A7D-89D7-51F8E98077C1
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/91D56260-0D78-4A7D-89D7-51F8E98077C1
Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: https://www.deutsche-evergabe.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Neubau eines Bürgerhauses, Münsing - 5021 Lose Möblierung Büroausstattung
Referenznummer der Bekanntmachung: 621-2/12/3/2/28

II.1.2.

CPV-Code Hauptteil
39130000 Büromöbel

II.1.3. Art des Auftrags
Lieferauftrag

II.1.4. Kurze Beschreibung
Schreibtische 20 Stck
Rollcontainer 18 Stck
Freischwinger 50 Stck
Bistrotisch 10 Stck
Besprechungstisch Ovalsegment 1 Stck
Besprechungstisch Ovalsegment 8 Stck
Konferenztisch für 10 Personen 1 Stck

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)
39100000 Möbel

II.2.3. Erfüllungsort
NUTS-Code: DE216 Bad Tölz-Wolfratshausen
Hauptort der Ausführung: in den Vergabeunterlagen aufgeführt

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung
Neubau eines Bürgerhauses, Münsing - 5021 Lose Möblierung Büroausstattung; Schreibtische 20 Stck; Rollcontainer 18 Stck; ; Freischwinger 50 Stck, Bistrotisch 10 Stck, Besprechungstisch Ovalsegment 1 Stck, Besprechungstisch Ovalsegment 8 Stck, Konferenztisch 10 Personen 1 Stck;
MASSNAHMENBEZOGENE BAUBESCHREIBUNG: Die Gemeinde Münsing baut derzeit ein Bürgerhaus mit Tiefgarage und Versammlungsstätte. Es soll Räumlichkeiten für die Gemeindeverwaltung / Rathaus sowie einen in das Gebäude integrierten Bürgersaal bieten. Auch sollen die in diesem Zusammenhang erforderlichen Stellplätze errichtet werden. Erschließung: Der Zugang zum Süden abfallenden Gebäude erfolgt über die E0 Ebene (Bürgerbüroebene) im Westen an der Straße "Am Labbach". Alle Räumlichkeiten für die Gemeindeverwaltung und den Bürgersaal sind barrierefrei ausgelegt und erreichbar. Sowohl aus Ebene 1 wie aus Ebene 3 der Tiefgarage ist ein barrierefreier Zugang zum Haus gegeben. Entsprechend werden 2 Stellplätze für Behinderte ausgewiesen. Tiefgarage: Die Tiefgarage fällt mit dem Gebäude von Norden nach Süden ab und ist in 3 Ebenen aufgeteilt. Erreichbar ist sie über die Ein- und Ausfahrt, sowie zwei Treppen, die nach Außen führen. Vom Baukörper aus wird die erste Tiefgaragenebene über das 1. Untergeschoss erschlossen. Der Zugang zur zweiten und dritten Tiefgaragenebene bietet das 2.Untergeschoss. Mit einer Fläche von ca. 1437 qm bietet die Tiefgarage 50 Stellplätze, wovon 2 für Menschen mit Behinderung vorgesehen sind. Des Weiteren befinden sich Fahrradstellplätze im nördlichen Abschnitt. Freiflächen: Oberirdisch befinden sich 20 Stellplätze, wovon zwei behindertengerecht sind. Der einladende Bürgerplatz vermittelt als Vorplatz zwischen den unterschiedlichen Richtungsbezügen und fungiert als attraktives Entrée für das Bürgerzentrum. Die Platzfläche ist an den Rändern mit Ausstattungselementen besetzt. Aufgrund der Tiefgarage sind Bäume

an den Stellen situiert, an denen eine ausreichende Aufbauhöhe gewährleistet werden kann. Weitere Bäume werden außerhalb der Tiefgaragenkante gepflanzt. Als Verbindung zwischen der nördlichen und südlichen Platzfläche im Westen fungiert die Freitreppe, an welche die Veranstaltungsterrasse anschließt. Eine Feldhecke bildet zusätzlich den Raum und blendet den Blick auf die Stellplätze am Labbach aus. Gebäudekenndaten: Grundfläche Tiefgarage mit Versammlungsstätte: 4.339,14m²; Bruttorauminhalt gesamt: 18.008,5 cbm; Nutzfläche nach DIN 277: 2.063m².Weitere Beschreibung s. Verdingungsunterlagen (WBVBs).

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien
Preis

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 3
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: ja

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:
Die Eignung ist durch Vorlage der PQ-Nr. vorläufig durch die ausgefüllte Eigenerklärung zur Eignung gem. Formblatt L124 oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) mit dem Angebot nachzuweisen. Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind die im Formblatt L124 bzw. EEE angegebenen Bescheinigungen innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorzulegen. Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis oder es sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt L124 bzw. der EEE auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Verpflichtung zur Angabe auf Aufforderung der Namen und Beruflichen Qualifikation, der Personen, die für die Ausführung des Auftrages verantwortlich sind. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123 und 124 GWB i. V. m. § 42 VgV ist mit einer Eigenerklärung nachzuweisen. Auf Verlangen sind die Nachweise zu den Eigenerklärungen gem. § 56 Abs. 4 VgV binnen sechs Kalendertagen vorzulegen. Für Bietergemeinschaften gilt § 43 VgV. Die Bewerber müssen die Eintragung in einem Berufs-

oder Handelsregister des Staates, in dem sie niedergelassen sind, nachweisen oder auf andere Weise die erlaubte Berufsausübung nachweisen (§ 44 VgV).

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
PQ oder Eigenerklärung gem. FB L124, Nachweis Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung:
- Nachweis durch Eigenerklärung. Auf Verlangen sind die Nachweise zu den Eigenerklärungen gem. § 56 Abs. 4 VgV binnen 6 Kalendertagen vorzulegen,
- Nachweise der entsprechenden Berufshaftpflichtversicherung, § 45 Abs. 1 Ziffer 3 VgV.
Weitere Eignungskriterien gemäß Verdingungsunterlagen.
Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
PQ oder Eigenerklärung gemäß FB L124, Nachweis durch Eigenerklärung. Auf Verlangen sind die Nachweise zu den Eigenerklärungen gem. § 56 Abs. 4 VgV binnen 6 Kalendertagen vorzulegen.
Angabe, welche Teile des Antrags unter Umständen als Unteraufträge vergeben werden sollen, § 36 VgV.
Zum Nachweis der Eignung mithilfe von Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe gem. § 47 VgV sind verpflichtende Zusagen zur Ausführung der Leistung von den betreffenden Unternehmen nachzuweisen, daraus ergibt sich folglich die Verpflichtung jedes Unternehmens zur Erbringung der jeweiligen Leistung. Weiterhin behält sich der Auftraggeber vor, vorzugeben, dass bestimmte Aufgaben vom Bieter (bzw. einem Mitglied der Bietergemeinschaft) selbst ausgeführt werden müssen (§ 47 Abs. 5 VgV). Die Nachweisführung zur Eignung der Unternehmen, deren Kapazitäten in Anspruch genommen werden, erfolgt dabei auch entsprechend § 42 ff VgV).
Weitere Eignungskriterien gemäß Verdingungsunterlagen.
Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 10/08/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können
Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 09/10/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote
Tag: 10/08/2023 Ortszeit: 10:00
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen
Aufträge werden elektronisch erteilt

VI.3. Zusätzliche Angaben
Die Angebote dürfen seit dem 18.10.2018 nur noch digital in Textform bei der Vergabestelle eingereicht werden.
Klar erkennbare Unklarheiten bzw. Widersprüche in den Vergabeunterlagen sind von Bietern sofort nach Bekanntwerden einer Klärung zuzuführen (siehe dazu GWB Abschnitt 2, § 160 Abs. 3 Ziffer 3).
Fragen bzw. Einwände sind unverzüglich bei der Vergabeverfahrensstelle über die Ausschreibungsplattform einzureichen. Die Bieter erhalten zeitnah entsprechende Antworten und Hinweise.
Falls Bieterfragen notwendig werden, erbitten wir diese bis 6 Kalendertage vor dem Ende der Angebotsfrist einzureichen um alle Bieter noch rechtzeitig informieren zu können.
Wir empfehlen den Unternehmern sich freiwillig auf der Vergabeplattform www.deutsche-evergabe.de zu registrieren (Angaben einer eindeutigen Unternehmensbezeichnung sowie einer elektronischen Adresse). Nur registrierte Bewerber können von der Vergabestelle aktiv über Änderungen und Ergänzungen informiert werden. Nicht registrierte Unternehmer müssen sich selbständig informieren, ob Vergabe- und Vertragsunterlagen zwischenzeitlich geändert wurden oder ob die Vergabestelle Fragen zum Vergabeverfahren beantwortet hat.
Werden Änderungen und Ergänzungen nicht beachtet, trägt der Bieter das Risiko eines möglichen Angebotsausschlusses.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern
Postanschrift: Maximilianstraße 39
Ort: München
Postleitzahl: 80538
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.suedbayern@vgm.bayern.de
Telefon: +49 892176-2411
Fax: +49 892176-2847

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

(1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnisnahme rügen.
(2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.
(3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.
(4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

10/07/2023